

AVAŞÎN

newsletter

JANUAR 2024





TKŞ STATEMENT

2024 wird ein Jahr des Ruhmes und der Freiheit

Wir verfolgen ein weiteres Jahr, in dem die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten den Freiheitskampf unter den Angriffen des kapitalistisch-imperialistischen, von Männern dominierten, faschistischen Führungsregimes verbracht haben. Das Jahr 2023 war ein schwieriges Jahr für alle unterdrückten Menschen auf der Welt, insbesondere im Nahen Osten. Es war voller Arbeitsausbeutung, Hunger und Armut, Invasionsangriffen, Kriegen und Konflikten. Sexuelle Übergriffe und Massaker gegen Frauen nahmen zu. Die Welt steuert auf eine ökologische Katastrophe zu. Der Überlebenskampf ist für Milliarden armer Menschen noch schwieriger geworden. Der repressive faschistische türkische Staat setzte seine Invasionsangriffe auf das Territorium von Rojava und Südkurdistan mit Zustimmung der imperialistischen Kräfte fort. Aufgrund des Verrats der PDK-Barzanî-Linie kam es zu neuen Angriffen auf die Verteidigungszonen der Medien. Dutzende Dörfer wurden evakuiert und mit schweren Waffen angegriffen. Sie führten Tausende Bombenanschläge und Luftangriffe durch. Kraftvoll aus dem Schweigen der Welt wurden Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit chemischen Waffen und taktischen Atombomben begangen. Durch Dutzende Luftangriffe von Drohnen kam es in Makhmur, Şengal und Sulaimani zu neuen Massakern. Die Guerillakräfte zeigten in den Widerstandsgebieten, insbesondere in Zap und Khakurk, große Entschlossenheit und stellten sich den Invasoren entgegen. In Afrin, Girê Spî und Serekaniyê, den besetzten Städten Rojava-Bakur und Ostsyrien haben Verbrechen gegen die Menschlichkeit zugenommen. Der türkische Staat, der einen

demografischen Wandel in der Region herbeiführte, siedelte die Familien der Banden, die sie in die Region gebracht hatten, um. Es kam weiterhin zu wahllosen Angriffen in Form von Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Lösegelderpressung, Plünderung und Beschlagnahme von Eigentum. Auch im Jahr 2023 gingen die Bombenanschläge auf unsere Städte wie in den Vorjahren ohne Unterbrechung weiter. Das Wirtschaftsembargo und die Grenzblockade gegen das Revolutionsgebiet dauerten an. Während MIT versuchte, ein Spionagenetzwerk aufzubauen, griff SIHA führende Kader der Revolution an und ermordete sie. Sie versuchten, interne Angriffe durch ISIS-Überreste und einige Stämme zu organisieren. In den Monaten Oktober und Dezember führte die türkische Regierung einen Zerstörungsangriff auf die Infrastruktur- und Dienstleistungsgebäude der Autonomieverwaltung Nord- und Ostsyriens durch. Wohngebiete und Arbeitsplätze wurden aus der Luft bombardiert. Dutzende Patrioten wurden getötet. Als die faschistische Regierung versuchte, unser System der Selbstverwaltung zu liquidieren, zwang sie die Menschen in Rojava zur Migration auf, deren Leben von Tag zu Tag schwieriger wird. Als das Regime von Damaskus ein Embargo gegen unser Volk in Shehba verhängte, versuchte es, an der Grenze von Derezor Unruhe zu stiften. Doch die imperialistischen Kräfte und ihre Partner konnten den Widerstandswillen des Volkes nicht überwinden. Unser kurdisches, arabisches, assyrisches, syrisches, armenisches, yezidisches und turkmenisches Volk hat den Angriffen nicht nachgegeben. Sie bezogen Stellung für die Revolution und erklärten, dass sie ihr Land niemals verlassen würden. Die revolutionären Kräfte sendeten mit ihren Aktionen gegen den einfallenden türkischen Staat und seine Söldner die Botschaft, dass der Kampf so lange fortgesetzt wird, bis alle Eindringlinge eliminiert sind. Das Jahr 2024 wird von größeren Auseinandersetzungen mit den Erfahrungen des Vorjahres geprägt sein. Es wird den Menschen im Nahen Osten und in der Welt, insbesondere unserem Volk in Nord- und Ostsyrien und Palästina, die Tür zu einem neuen Widerstand öffnen. Der Widerstand der Menschen in Palästina und Kurdistan hat einmal mehr bewiesen, dass Ehre und Freiheit nur möglich sind, wenn man den Preis zahlt.

Der Widerstand der Unterdrückten steigert die Hoffnung der Menschen auf der Welt. Im neuen Jahr erwarten uns neue Herausforderungen. Wir werden Widerstand gegen das kapitalistisch-imperialistische System, Unterdrücker und das Patriarchat leisten. Wir werden uns keinem Angriff beugen. Wir werden den Preis für die Freiheit zahlen und nicht nachgeben. Im Jahr 2024 werden wir uns auf Kämpfe einlassen, die die Würde der Menschheit erhöhen und gewinnen werden.

***Tevgera Komûnîst a
Şoresger (TKŞ)***

is a revolutionary,
communist
organisation in
North East Syria/Rojava



NEUER GESELLSCHAFTSVERTRAG

Ein Schritt vorwärts

Am 12. Dezember ist von der Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien der erarbeitete neue Gesellschaftsvertrag in Kraft getreten. Der Gesellschaftsvertrag, welcher einen verfassungsähnlichen Charakter hat, soll das Zusammenleben innerhalb der Selbstverwaltung regeln. Der neue Gesellschaftsvertrag löst dabei den Gesellschaftsvertrag von 2014 ab, welcher 2016 angepasst wurde.

Der Gesellschaftsvertrag von 2014 umfasste die Regionen Efrîn, Cizîrê und Kobanê. Dass heißt er umfasste die Regionen, welche großteils von der kurdischen Bevölkerung bewohnt wird. Hier zeigt sich der Charakter der Vorreiterin des kurdischen Volkes in der Revolution in Rojava, aber es wurden auch andere Völker schon in den Gesellschaftsvertrag mit eingeschlossen. Durch die Invasion der Türkei und die darauffolgende Besetzung von Efrîn konnte der Aufbau der Strukturen der Selbstverwaltung nicht vollständig umgesetzt werden. So wurden die Strukturen der Selbstverwaltung aufgebaut, gleichzeitig existiert an vielen Orten aber auch ein Räte-System. Zudem dehnte sich seit der Einführung des Gesellschaftsvertrages die Selbstverwaltung im Kampf gegen die faschistischen Banden des sogenannten Islamischen Staates auch auf Gebiete wie Tabqa, Raqqa, Deir ez-Zor und Minbic. Dabei erweiterte sich die Selbstverwaltung besonders auch auf Gebiete mit mehrheitlich arabischer Bevölkerung. Diese Gebiete wurden von Zivilräten regiert. Dadurch kam es dazu, dass Cizîrê, Efrîn und die Euphrat-Region als Selbstverwaltungssystem organisiert während Raqqa, Tabqa und Minbic als Zivilräte organisiert wurden. Im Jahr 2021 wurde ein neuer Versuch gestartet, um die Probleme der Selbstverwaltung anzugehen und einen neuen Gesellschaftsvertrag auszuarbeiten, dies folgte auch nach öffentlichen Befragung 2020, wo sich die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages gezeigt hatte. Zur Ausarbeitung des Gesellschaftsvertrages wurde ein Komitee von 158 Mitgliedern gegründet, welches Vertreterinnen und Vertreter verschiedener ethnischer, religiöser und konfessioneller Gruppen sowie der Jugend und der Frauen umfasste. Die Vorschläge für den Gesellschaftsvertrag wurde gemeinsam mit verschiedenen Institutionen und Organisationen diskutiert.

Die Erarbeitung des Gesellschaftsvertrages stellt dabei einmal die Antwort auf die drängendsten Fragen der Selbstverwaltung dar, vor allem wie sich die Selbstverwaltung im Bezug auf die neuen, mehrheitlich arabischen Regionen weiterentwickelt und allen Völkern in Nord- und Ostsyrien ein Recht auf gleiche Teilhabe an der Selbstverwaltung garantiert, aber auch wie die Selbstverwaltung aufgrund der ständigen türkischen Angriffe die bestehenden Krise in der Wirtschaft und Gesundheitsversorgung bewältigt werden kann. Gleichzeitig zeigt die Erarbeitung des neuen Gesellschaftsvertrages auch, dass die demokratische Teilhabe aller Bewohner:innen von Nord- und Ostsyrien ein zentraler Aspekt der Selbstverwaltung ist, wie durch den Prozess klar wurde, wo darauf geachtet wurde, mit möglichst breiten Teilen der Gesellschaft in Diskussion zu treten und sie so in die Erarbeitung des Gesellschaftsvertrages einzubeziehen.

Der neue Gesellschaftsvertrag hat ausgehend von der neuen Situation der Selbstverwaltung die Aufgabe, die bisher bestehenden Grundsätze der Selbstverwaltung zu festigen und weiterzuentwickeln. Im Gesellschaftsvertrag wird zu aller erst der Name der Selbstverwaltung geändert, welcher nicht mehr Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien ist, sondern Demokratische Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien (DAANES). Das soll vor allem den Anspruch der Selbstverwaltung verkörpern sich als Teil eines demokratischen und föderalen Syriens, der Syrischen Demokratischen Republik, wie es in dem Vertrag genannt wird, zu verstehen und die Einheit zwischen den Völkern Syriens zu entwickeln. Daran Anknüpfend wurden die seit 2014 neue hinzu gekommenen Gebiete neben den bisher bestehenden zu neuen Kantonen erklärt. Daneben wurden im Gesellschaftsvertrag die politischen Institutionen festgelegt, welche sich auf Räte stützten, welche auf verschiedenen Ebenen sich zusammensetzten, ausgehend von der basisdemokratischen Einheit der Kommune, hin zum demokratischen Rat von Nord- und Ostsyrien. Zudem werden Räte für verschiedene Aspekte des öffentlichen Lebens, wie Recht, Gesundheit oder Wirtschaft definiert. Zusätzlich werden im neuen Gesellschaftsvertrag die gleichen Rechte für die Völker und religiösen Bevölkerungsgruppen festgeschrieben. Außerdem werden die Rechte der Frauen festgeschrieben und die Aufgaben des Frauenrates definiert.

Der Gesellschaftsvertrag ist das Ergebnis der Entwicklungen, die die Selbstverwaltung seit 2014, seit dem ersten Gesellschaftsvertrag gemacht hat. Mit ihm sollen weitere Schritte gemacht werden, um zwischen den verschiedenen Völkern, vor allem aber im Bezug auf das kurdische und das arabische Volk, ein gleichberechtigtes Zusammenleben zu garantieren. Daneben sollen die demokratischen Rätestrukturen gefestigt werden, wie auch die Rechte von Frauen. Der Gesellschaftsvertrag festigt somit die Fortschritte die gemacht wurden, strebt aber auch an diese weiter auszubauen. Er macht in Zeiten wo sich die Selbstverwaltung unter einer andauernden Belagerung befindet einen Schritt nach Vorne und stellt für die Region ein Leuchtfeuer eines demokratischen und freien Zusammenlebens dar.

EINE NEUE WELLE DER ANGRIFFE

Nord- und Ostsyrien befindet sich erneut unter Beschuss.

Bei der momentanen Angriffswelle des türkischen Staats, die in der Nacht auf den 24. Dezember begonnen hat und nach einer Woche noch immer anhält, handelt es sich vor allem um Angriffe auf zivile Infrastruktur. Die Städte Kobanê, Amûdê, Dirbêsiyê, Qamişlo, Til Temir und Girkê Legê sind betroffen, über 2.600 Orte haben keinen Zugang zu Strom. Laut den Angaben der Selbstverwaltung gab es allein innerhalb eines Tages 40 Luftanschläge in den genannten Städten. Die aktuellen Zahlen geben an, dass insgesamt acht Menschen bei den Bombardierungen ums Leben gekommen und 18 verletzt worden sind. Bei allen Opfern und Verletzten handelt es sich um Zivilist:innen.

Die Luftangriffe konzentrierten sich auf wichtige Standorte, die für das Funktionieren und Überleben der Selbstverwaltung wichtig sind. Unter anderem wurde die medizinische Infrastruktur in Qamişlo zur Zielscheibe erklärt: Ein Dialyse-Zentrum sowie eine Abfüllanlage für medizinischen Sauerstoff wurden bombardiert. Beide Einrichtungen liegen auf dem Gelände des Covid-19-Krankenhauses, eines geriet in Brand. Die Folgen dessen sind jetzt schon zu spüren. Aufgrund fehlender Versorgung durch die Bombardierungen ist ein 65-jähriger Patient gestorben.

Die Rechtfertigung dieser flächendeckenden Luftangriffe lautet wie so oft Vergeltung für den Tod mehrerer Soldaten der türkischen Armee, die im Irak von der kurdischen Guerilla getötet wurden. Der türkische Staat rechtfertigt seine Kriegsverbrechen mit Verweis auf die UN-Charta, in der das Selbstverteidigungsrecht eines Landes geregelt ist. Während dieser aktuellen Angriffsperiode auf Rojava hat sich Erdogan erneut zu den israelischen Luftangriffen auf Gaza geäußert. Betont hat er, dass die Bombardierung ziviler Infrastruktur wie etwa Krankenhäuser, selbst in Kriegen, ein Tabu sei.

Während die internationale Gemeinschaft zum größten Teil zu den andauernden türkischen Kriegsverbrechen schweigt, stehen vor allem die Menschen in Nordostsyrien selbst dagegen auf. In Raqqa und Qamislo gab es Proteste gegen die Luftangriffe. Auch muss der Aufschrei dagegen in Europa noch viel lauter werden.

ÖKOLOGISCHE KRIEGSFÜHRUNG

Wie die Türkei versucht die Revolution auszutrocknen

Am 11. Dezember gab das Bewässerungsamt von Raqqa bekannt, dass es ungewiss ist, ob es für das kommende Jahr 2024 genügend Wasser zur Verfügung stellen kann. Der Grund dafür: Die systematische türkische Manipulation des Euphrat-Flusses. Während Erdogans Bomben weiterhin den Boden verbrennen und die Infrastruktur zerstören, steuert Nordostsyrien auf ein Jahr der Dürre und Krise zu.

Eine humanitäre Katastrophe steht unmittelbar bevor.

Die systematische Zerstörung der Umwelt ist seit langem eine der wichtigsten Praktiken der Türkei und ihrer Verbündeten. Eine grundlegende Ressource, unerlässlich für die Erhaltung des Lebens selbst, steht Wasser im Mittelpunkt der Kriegsführung. Im Schnittpunkt zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak, durch kurdische Gebiete, hat der Euphrat die Region seit jeher mit Wasser versorgt.

Durch den Bau von Dämmen auf der eigenen Seite der Staatsgrenze hält die Türkei mehrere hundert Kubikmeter Wasser zurück. In einem Abkommen mit der syrischen Regierung von 1987 verpflichtete sich die Türkei dazu sicherzustellen, dass mindestens 500 Kubikmeter Wasser aus dem Euphrat nach Syrien zu leiten. Heute erreicht nicht einmal die Hälfte dieser Menge das Gebiet.

Die Verletzung des Abkommens fällt mit der Gründung der Autonomen Verwaltung zusammen.

Die Regulierung des Wassers dient offensichtlich dem Zweck, sie an mehreren Fronten zu schwächen.

Die Folgen, von denen rund fünf Millionen Menschen in Syrien betroffen, sind ebenso gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch wie ökologisch.

Dürreperioden, die auf Wassermangel zurückzuführen sind, verwandeln nicht nur ehemals üppig grüne Landschaften in trockene, gelbe Flecken ohne Laub, sondern wirken sich auch negativ auf den Agrarsektor aus. Die Landwirte im Nordosten Syriens haben große Schwierigkeiten, ihr Land zu bestellen

und Pflanzen anzubauen. Die Landwirtschaft ist eine entscheidende Komponente der Wirtschaft der Selbstverwaltung.

Die vom Menschen verursachte Wasserkrise wirkt sich auch auf den Gesundheitssektor aus. Einerseits verursacht sie sanitäre Probleme, da viele Menschen in Nordostsyrien keinen sicheren und regelmäßigen Zugang zu sauberem Wasser haben. Dies macht nicht nur Trinkwasser zu einem begrenzten Gut, sondern auch die Aufrechterhaltung der persönlichen Hygiene zu einem Problem. Dies führt zu Krankheiten und Infektionen. Die Bewohner, die an den Ufern des Euphrat leben, sind zusätzlich Krankheiten ausgesetzt, wie zum Beispiel Cholera, übertragen durch Moskitos, die im stillen Wasser des Flusses brüten. Die örtlichen Krankenhäuser wiederum brauchen Wasser, um ordnungsgemäß arbeiten zu können und eine wachsende Zahl von Patienten zu versorgen.

Wassermangel bedeutet auch Strommangel, da die Kraftwerke Wasser brauchen, um zu funktionieren.

Die Kriegsführung bezüglich der natürlichen Ressourcen ist jedoch nicht auf Wasser beschränkt. Die so genannte Brandrodung ist seit langem eine Methode, die vom türkischen Militärs, oft in Zusammenarbeit mit verbündeten Milizen, genutzt wird, um Land zu entstellen. Olivenhaine sind hiervon besonders betroffen, da sie auch eine wichtige Einnahmequelle für langjährige Olivenproduzenten sind. Die Türkei zielt darauf ab, das

kurdische Volk von Land, Umgebung und Natur zu entfremden, dass es seit Hunderten und Tausenden von Jahren bewohnt. Die Zerstörung der Natur in Nordostsyrien, insbesondere in Rojava, kann nicht losgelöst von dem türkischen Motiv der Vertreibung aus der Region und der Expansion betrachtet werden. Die Grundlage für die Besetzung von Serêkaniyê wurde durch strukturelle und ökologische Zerstörung gelegt. Was folgte, war die Vertreibung von 85% der kurdischen Bevölkerung der Region, mehrere hunderttausend Menschen. Die türkische Regierung siedelte daraufhin 2.500 Flüchtlingsfamilien in der Region an, darunter angeblich 55 DAESH-Angehörige. Als Reaktion auf die ökologische Kriegsführung wurden zahlreiche Initiativen gegründet, um der humanitären Krise entgegenzuwirken und die autonome Autonomieverwaltung dabei zu unterstützen, gegen Erdoğan's Versuch, die Region die soziale Integrität der Region aufzulösen und zu zerstreuen. Wasser für Rojava ist eine solche Initiative, die Spendenaktionen und Delegationen zur Unterstützung von Wasserprojekte in Nordostsyrien zu unterstützen.

Auch wenn es sicherlich notwendig ist, den Schlag gegen die Ökologie von Rojava abzuschwächen, sind aber langfristige Lösungen erforderlich. Die Klimakrise wütet

weltweit weiter, und die Levante ist eine der Regionen, in denen die zum Teil unumkehrbaren Auswirkungen, sich am schnellsten realisieren werden.

Solange imperialistische Interessen die Entwicklungen im Nahen Osten kontrollieren, wird die Region weiter brennen.

Solange der türkische Staat, unter faschistischer Führung eine Regionalmacht bleibt, wird er weiterhin die natürlichen Ressourcen mit Waffengewalt angreifen und die Ökosysteme zerstören.

Was es braucht, ist die internationale Anerkennung der Verbrechen der Türkei und, was noch wichtiger ist, Konsequenzen. Was es braucht, ist Unterstützung und Solidarität für die autonome Verwaltung in ihrer Gesamtheit.

Die Anerkennung und der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes ist auch für diese Sache unerlässlich. Die Angriffe der Türkei auf die Natur sind nicht auf Rojava beschränkt. Brandstiftung, verursachte Waldbrände, systematische Dürreperioden oder Überschwemmungen und anschließende Vertreibung stehen auch in Bakûr an der Tagesordnung.

Rojhîlat und Başur sind von ähnlichen Übergriffen seitens der iranischen und irakischen Regierung betroffen.

Die systematische Zerstörung von einheimischem Land und Ökosystemen ist Teil der kolonialen Praxis. Solange die vier Teile Kurdistans unter der Kontrolle kolonialistischer Mächte stehen und auf Geheiß imperialistischer

Interessen ausgebeutet werden, werden werden seine Blumen weiter verwelken, sein Boden wird austrocknen, seine Flüsse werden aufhören zu fließen.



INTERNATIONALES IS TRIBUNAL

Über 10.000 inhaftierte IS-Dschihadisten befinden sich zur Zeit in den Gefängnissen der Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens. Mindestens 2.000 davon kamen aus den westlichen Ländern nach Syrien, um für den IS zu kämpfen.

Abgesehen von den IS-Dschihadisten sind noch weitere Zehntausende islamistische Familienangehörige in Dschihadisten-Lagern der Selbstverwaltung untergebracht.

Auch in Anbetracht der Tatsache, dass die Selbstverwaltung erneuten, intensiven Angriffen des türkischen Staates ausgesetzt ist, hat sie nicht die nötigen Kapazitäten die juristischen Prozesse gegen die Dschihadisten alleine zu stemmen.

Die Befreiung der Dschihadisten würde regionalen Akteuren wie der Türkei in die Karten spielen.

Somit würde die Selbstverwaltung neben den Angriffen durch die Türkei noch im inneren den Kampf gegen den IS aufnehmen müssen, was zu erheblichen Problemen führen würde. Die Türkei unterstützte letztes Jahr die Angriffe des IS auf das Sina Gefängnis, um hochrangige Dschihadisten zu befreien. Diese Angriffe können unmöglich in diesem Ausmaß ohne die Planung logistischer Hilfe und Geheimdienstinformationen der Türkei stattgefunden haben.

Die Autonomieverwaltung selber macht keinen Hehl daraus und bat die Herkunftsländer der Dschihadisten um Unterstützung.

Die Herkunftsländer aber entledigen sich ihrer Pflichten und kooperieren nicht.

Auch wenn der IS fürs Erste militärisch besiegt ist, bergen die Familienlager die Gefahr eines erneuten Erstarkens fundamentalistischer Kräfte durch die ideologische Indoktrination der jüngeren Generationen innerhalb der Lager.

Der politische Islam dient den drumherum liegenden Staaten als Blitzableiter, um das Elend der Arbeiter:innen nach innen hin als gottgegeben zu verklären und um nach außen hin ein Feindbild zu haben, das einem immer und überall Steine in den Weg stellt und gegen die muslimischen Tradition und Sitten sind.

Der deutsche Staat, der seit jeher gemeinsam mit der Türkei Kurd:innen ermordet, stellt sich erneut auf die Seite seines NATO-Partners.

Den imperialistischen Staaten käme es gelegen, wenn die volksnahe Revolution Nord- und Ost-Syriens rückgängig gemacht würde, um sich die Ölquellen des Gebiets unter den Nagel zu reißen.

Somit müssen sich die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland auch diesen politischen Kampf für den Schutz der Revolution führen.

Die Revolution hat zur Zeit viele Bedürfnisse und die Rückkehr der IS-Dschihadisten in ihre Herkunftsländer, um ein erneutes Erstarken des IS vorzubeugen, ist eine dieser akuten Bedürfnisse.

FIND US ONLINE

@peoples_bridge
(Twitter)

@peoples_bridge
(Instagram)

<https://peoples-bridge.org>

REACH US AT
info@peoples-bridge.com